Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 11

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Südafrika nicht mehr im Commonwealth

Ab 1. Juli wird die Südafrikanische Union nicht mehr dem britischen Commonwealth angehören. Vervoerd, der Regierungschef der SAU, trat freiwillig aus, nachdem er erkennen musste, dass die übrigen Commonwealth-Staaten seine Rassenpolitik als nicht vereinbar mit den menschenrechtlichen Grundsätzen der britischen Völkergemeinschaft betrachten. Mit dieser Distanzierung hat die Freie Welt zweifellos einen in den Entwicklungsgebieten günstigen Eindruck hinterlassen. Auch die übrigen Mitglieder eines modernen Commonwealth dürften in ihren Beziehungen von der erfolgten Abtrennung profitieren.

Südafrika hatte sich letzten Herbst in einer Abstimmung (der weissen Bevölkerung) für die endgültige Loslösung von der formell noch anerkannten Oberhoheit der englischen Krone ausgesprochen. Darnach musste die Republik eine neues Gesuch um den Verbleib im Commonwealth stellen. Die Frage ihrer Zugehörigkeit bildete das Haupttraktandum der Konferenz der Commonwealth-Regierungschefs in London. Uebereinstimmend waren die Teilnehmer in ihrer moralischen Verurteilung der südafrikanischen Apartheid-Politik, wenn auch begreiflicherweise besonders Macmillan zögerte, die auf die Dauer unumgänglichen Konsequenzen zu ziehen. Unterdessen drohte Ghana mit seinem Ausscheiden aus einem Commonwealth dem Südafrika angehöre, und selbst Kanada nahm eine äusserst entschiedene Stellung gegen die SAU ein. Verwoerd antizipierte mit seinem Verzicht einen Entscheid, der wahrscheinlich auch sonst gefallen wäre.

Abrüstungserklärung

Die Commonwealth-Konferenz ging mit einem Schlusscomuniqué zu Ende, das eine ausführliche Abrüstungserklärung umfasste. Einmütig stellten die Ministerpräsidenten fest, dass Abrüstung und Kontrolle Hand in Hand zu gehen hätten. Auch seien neben den politischen Verhandlungen gleichzeitig Experten-Gespräche durchzuführen. Die Erklärung unterstützt somit den westlichen Standpunkt.

Noch züngelt es

Akute Krisenzeichen vermehren sich in Südvietnam und Südkorea. In Saigon liess Präsident Ngo Dinh Diem alle Reservisten einberufen, was als neues Indiz für die verstärkte Drohung durch die kommunistischen Rebellen (siehe Meldungen von morgen) zu werten ist.

Die erste Demonstration gegen die seit August des letzten Jahres bestehende südkoreanische Regierung Tschang Myon vereinigte in Taegu (nördlich von Pusan) nicht weniger als 5000 Studenten. Unter anderem war die Kundgebung gegen «antikommunistische Gesetze» gerichtet. In einem Appellationsverfahren wurden in Söul der ehemalige Innenminister Ik Hung-li und der frühere Bürgermeister von Söul, Hung Sun-in zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Sie waren 1956 in einem Mordversuch am damaligen Vizeministerpräsidenten verwickelt gewesen, waren aber in einem ersten Prozess unter der Regierung Syngman Rhee freigesprochen worden.

Zweithöchste Ebene

In Washington trafen sich der amerikanische Staatssekretär Rusk und der sowjetische Aussenminister Gromyko zu den ersten Verhandlungen zwischen USA und UdSSR auf Ministerebene seit der gescheiterten Gipfelkonferenz in Paris vor bald einem Jahr. Die Unterredung betraf unter anderm das laotische und kongolesische Problem sowie die Abrüstungsfrage.

Kennedy hatte in letzer Zeit deutlich zu verstehen gegeben, dass er die immer wieder verschleppten Abrüstungsverhandlungen wieder energisch vorantreiben möchte. Auch von sowjetischer Seite ist Verhandlungsbereitschaft deklariert worden, aber zur gleichen Zeit wurden in der sowjetischen Presse die amerikanischen Forderungen auf eine wirksame Kontrolle mit Heftigkeit beanstandet oder ins Lächerliche gezogen.

Hilfe reorganisiert

Eine neue amerikanische Behörde für die Auslandhilfe wird Präsident Kennedy laut Regierungskreisen in Washington dem Kongress demnächst vorschlagen. Die unter dem Staatsdepartement stehende Organisation würde das Amt für internationale Zusammenarbeit (ICA), den staatlichen Entwicklungsanleihefonds (DLF), das Programm «Lebensmittel für den Frieden» und das neue «Friedenskorps» in sich vereinigen. Die Reorganisation bedeutet allerdings noch nicht eine Steigerung der Hilfeleistungen.

Der OEEC-Beitrag

Die Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) und ihre Mitgliedstaaten haben von 1956 bis 1959 an die unterentwickelten Länder 27 402 Millionen Dollar Hilfe geleistet, wie in Paris bekanntgegeben wurde. Die Leistungen umschliessen auch Beiträge an gemeinsame Institutionen. Die Schweiz wird mit 464 Millionen vermerkt.

Vom Algerienkrieg zum -frieden?

Evian am französischen Genferseeufer wird Stätte der Verhandlungen zwischen Frankreich und der Provisorischen Algerischen Regierung sein. Die FLN-Vertreter könnten in Lausanne und Montreux untergebracht werden. Die Communiqués beider Seiten waren in letzer Zeit auf den Wunsch nach Frieden abgestimmt. Während der FLN vorher immer auf Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit ohne Volksbefragung beharrte, gab jetzt der Informationsminister der Exilregierung der Bereitschaft Ausdruck, mit Paris über die Bedingungen einer freien Befragung des algerischen Volkes zu verhandeln.

Ferhat Abbas hatte eine weitere Besprechung mit dem tunesischen Präsidenten Burgiba, dessen Vermittlerrolle auch von Frankreich gutgeheissen wird.

Der über sechs Jahre währende Algerienkrieg dürfte an die 200 000 Todesopfer gefordert haben.

Revolution oder Invasion?

Blutige Unruhen mit grausamen Massakern fanden in den Nordgebieten Angolas statt. Nach den vorhandenen Angaben, die aus portugiesischer Quelle stammen, handelte es sich um terroristische Uebergriffe aus dem benachbarten Kongo, die von den loyalen Truppen der portugiesischen Kolonie abgewiesen worden seien. Dass die Angreifer tatsächlich aus den nördlichen Wirrengebieten stammten, ist durchaus wahrscheinlich, weniger wahrscheinlich aber, dass sie gar keine Unterstützung bei der einheimischen Bevölkerung fanden.

Nenni halblinks

An Zwischenfällen reich war der Parteikongress der Nenni-Sozialisten in Mailand, wo es zu Richtungskämpfen zwischen den kommunistisch orientierten Delegierten und den sogenannten «Autonomisten» kam. Pietro Nenni selbst schlug in seiner von Missfallenskundgebungen des linksextremen Flügels begleiteten Schlussansprache koexistentielle Töne an. Er gedenke, die Autonomie gegenüber der kommunistischen Partei zu wahren und die Politik der «Begegnung» mit den katholischen Massen fortzuführen. Das Zwiegespräch mit den Katholiken müsse die Orientierung des Landes nach links erleichtern.

Föderationsbissen

Im Zeichen der nun geltenden Losung eines föderativen Kongo stand die Regierungsbildung von «Zentralkongo», einem Teil der Provinz Léopoldville. «Ministerpräsident» ist Vital Moana aus Kasavubus Abako-Partei. Der andere Teil der Provinz bleibt unter der Autorität von Cleophas Kamitatu, Präsident der Provinzregierung.

Monrovia-Konferenz

Liberia, Nigeria, Mali, Kamerun und die Elfenbeinküste haben alle unabhängigen Staaten Afrikas zu einer Kongo-Konferenz am 8. April in Monrovia eingeladen.

Am Rande ...

Das Präsidium des Obersten Sowjets hat ein besonderes Staatskomitee für elektronische Technik eingesetzt.

*

Zum Direktor des Moskauer Instituts für Marxismus-Leninismus wurde Pjotr Pospelow, stellvertretendes Mitglied des Partei-Zentralkomitees, ernannt.

*

Etwa 6000 Soldaten, Ueberreste der einstigen nationalchinesischen Festlandarmee, werden von Thailand nach Formosa übergeführt.

*

In Kambodscha scheiterten Besprechungen zwischen der gegenwärtigen Regierung Boun Oum und dem früheren Ministerpräsidenten Souvanna Phouma. Die Losung scheint jetzt auf Lösung des Konfliktes durch internationale Vermittlung zu lauten.

*

Zusehends gespannter werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen Satelliten und Jugoslawien. Zu den verschiedenen diplomatischen Zwischenfällen Belgrads kamen jetzt wieder solche mit Budapest und Sofia dazu. Titos recht deutlich nach dem freien Weltmarkt ausgerichtete Wirtschaftsreform dürfte zum mindesten mit ein Grund zur Verstimmung im COMECON-Lager sein.

*

Der stellvertretende chinesische Verteidigungsminister, General Tscheng Keng, ist im Alter von 58 Jahren gestorben.

*

Ein schweres Erdbeben zerstörte auf der indonesischen Insel Flores über 80 Prozent der Häuser.

Redaktionsschluss: 20. März 1961.